



Niederschrift

über die Sitzung

des Ausschusses für Umwelt, Grün und Energie

am 03.02.2011

Anwesend

- Vorsitz

Wolfgang Reichel

- Verwaltung

Günther Neuhaus	(Dezernat V)
Karl-Wilhelm Noltemeier	(67-Grünamt)
Jan Jahns	(17-Umweltamt)
Peter Frommelt	(17-Umweltamt)
Andreas Fröder	(Geschäftsführung)

- Mitglieder

David Dietz	
Katrin Eder	(Urkundsperson)
Markus Gröninger	
Dr. Eckart Lensch	
Prof. Dr. Michael Pietsch	(bis TOP 2)
Dr. Christine Pohl	
Herbert Schäfer	(Urkundsperson)

- Schrifführung

Katja Berwian	(67-Grünamt)
---------------	--------------

Tagesordnung

a) nicht öffentlich

1. Entscheidung über die öffentliche Behandlung der Punkte 2 bis 6

b) öffentlich

2. Luftreinhalte- und Aktionsplan; Ergebnisse des Gutachtens zur Wirkungsabschätzung und Bewertung des Gutachtens durch die zuständige Fachdienststelle
3. Weitere Teilnahme des Umweltamtes am Umweltberatungsprogramm ÖKO-PROFIT-Club
4. Sachstandsbericht zu Antrag 41/2006 CDU; hier: Ausgleichsflächenmanagement und Regionaparkplanung und Änderungsantrag der FDP
5. Projektliste "Kinderfreundliches Mainz 2011"
6. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen ist und Einwendungen gegen die Tagesordnung bisher nicht erhoben wurden. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Als Urkundspersonen werden Frau Eder (BÜNDNIS 90/Die Grünen) und Herr Schäfer (CDU) benannt.

Änderungen der Tagesordnung:

Der Vorsitzende schlägt vor, die unter TOP 6 im nicht öffentlichen Teil geplante mündliche Berichterstattung über den Luftreinhalte- und Aktionsplan in den öffentlichen Teil auf TOP 2 zu verschieben. Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 2 **Luftreinhalte- und Aktionsplan; Ergebnisse des Gutachtens zur Wirkungsabschätzung und Bewertung des Gutachtens durch die zuständige Fachdienststelle** **hier: mündliche Berichterstattung**

Infolge des erlassenen Luftreinhalte- und Aktionsplan 2005-2010 waren zuletzt keine Überschreitungen mehr beim Feinstaub (PM 10) festzustellen, allerdings stiegen oder stagnierten die Belastungen bei den Stickoxiden.

2010 ist an vier innerstädtischen Messstationen der Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid (NO₂) von 40 µg/m³ Luft überschritten worden:

- Mainz-Parcusstraße 61 µg/m³ (2009: 61)
- Mainz- Rheinallee 45 µg/m³ (2009: 47)
- Mainz- Große Langgasse 45 µg/m³ (2009: 46)
- Mainz-Zitadelle 41 µg/m³ (2009: 40)

Unter Maßnahme M14 wurde im gültigen Luftreinhalteplan die Option festgehalten, ggf. die Einrichtung einer Umweltzone in Mainz zu prüfen.

Da die Einhaltung des EU-Grenzwertes für Stickstoffdioxid nach wie vor nicht zu verzeichnen ist, wurde die Stadt Mainz vom Land Rheinland-Pfalz aufgefordert, ein Gutachten zu beauftragen, das die Wirkung der möglichen Einrichtung einer Umweltzone in Mainz abschätzt.

Der Vorsitzende teilt vorab mit, dass das in Rede stehende Gutachten erstellt und den Fraktionen bereits übersandt wurde, macht aber gleichzeitig deutlich, dass es sich derzeit um einen Entwurf des Gutachtens handelt, inhaltlich jedoch schon Schlüsse daraus gezogen werden können.

Der Entwurf des Gutachtens wurde im Januar 2011 an das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (MUFV) mit der Bitte um methodische Prüfung und inhaltliche Bewertung übermittelt.

Herr Frommelt stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation das Gutachten und die Stellungnahmen des MUFV vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Zusammenfassend ist festzuhalten:

Die Einführung einer Umweltzone hat nur eine geringe Auswirkung auf den Rückgang der Messwerte. Die Grenzwerte jedoch, würde man auch mit Einführung einer Umweltzone überschreiten. Das MUFV zeigte im Bereich verkehrsplanerische und verkehrslenkende Maßnahmen Alternativen auf, die voraussichtlich eine deutliche wirkungsvollere Verbesserung der lufthygienischen Situation zur Folge hätte, z.B.:

- Einsatz des neuen Verkehrsrechners ab Mai 2011 zur Verflüssigung des Verkehrs
- Modellhafte Verwendung von photokatalytisch wirksamen Betonsteinen auf Gehwegen
- LKW-Durchfahrtsverbot (über 3,5 t) auf bestimmten Straßen
- Optimierung durch schnelleren Abfluss des stadtauswärts fließenden Verkehrs am Nachmittag (absoluten Vorrang für ÖPNV zeitweise aufheben).
- Verbesserung des abgastechnischen Standards des ÖPNV durch Nachrüstung

Bis Juni 2011 ist ein Entwurf zur Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplans Mainz vorzulegen. Aus diesem Grund beginnt die Erarbeitung durch eine erste gemeinsame Sitzung mit dem federführenden Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht (LUWG) bereits am 10.02.2011.

Inhaltlich wird die Fortschreibung nur noch Maßnahmen zur Minderung der Stickstoffdioxidbelastung enthalten. Diese Maßnahmen werden weit überwiegend aus dem Verkehrsbereich zu entwickeln sein. Die Prüfung der Wirksamkeit einer Umweltzone könnte erneut als Maßnahme definiert werden.

Abschließend soll ein Fristverlängerungsantrag über das Landes- und Bundesumweltministerium an die Europäische Union gestellt werden mit dem Ziel, dass die Einhaltung des seit 2010 gültigen Grenzwerts von $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$ für NO_2 bis 2015 ausgesetzt wird. Der Entwurf der Fortschreibung des Luftreinhalte- und Aktionsplans muss maßgeblicher Bestandteil des Fristverlängerungsantrags an die EU sein.

Der Vorsitzende betont, dass er bereit gewesen wäre eine Umweltzone, sofern unter Berücksichtigung aller Umstände sachlich gerechtfertigt, einzuführen. Der Vorsitzende weist ergänzend nochmals auf die Tatsache hin, dass bereits jetzt 86 % aller Fahrzeuge eine grüne Plakette erhalten würden, sofern eine Umweltzone eingeführt wird. Ferner müssten noch die Fahrzeuge hinzugezählt werden, die über Ausnahmegenehmigung verfügen würden (z.B. Handwerkerbetrieb, Oldtimer, Wohnmobile, usw.), ebenso wie Fahrzeuge der BOS-Organisationen (Feuerwehr, Rettungsdienst, Polizei, Militär, usw.). Der Vorsitzende macht deutlich, dass nach

Vorliegen des Gutachtens, von ihm auch die Prüfung der Alternativen favorisiert und vorangetrieben wird.

Herr Jahns verweist auf einen Bericht der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI, ein Arbeitsgremium der Umweltministerkonferenz).

Herr Gröninger (BÜNDNIS 90/Die Grünen) macht deutlich, dass es ihm um die Einhaltung der Gesetze geht. Im Zuge dessen bittet er um Überprüfung und Bewertung der aufgezeigten Alternativen hinsichtlich Kosten und Nutzen.

Herr Prof. Dr. Pietsch (CDU) legt dar, dass die Einführung einer Umweltzone massive Einschnitte für die Bevölkerung zu Folge hätte und einer Einführung nach dem Vorliegen des jetzigen Gutachtens seitens der CDU-Fraktion nicht zugestimmt werden könnte. Vielmehr begrüßt Herr Prof. Dr. Pietsch die Alternativvorschläge, insbesondere ein LKW-Durchfahrtsverbot und eine flüssigere Verkehrslenkung.

Herr Dr. Lensch (SPD) teilt hinsichtlich der Alternativvorschläge mit, dass das Hauptproblem wohl bei der Umrüstung der ÖPNV-Flotte liege, der seinen Beitrag zur derzeitigen Überschreitung der Messwerte leistet.

Frau Eder (BÜNDNIS 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass bei Umsetzung der Alternativvorschläge (Abschaffung des Vorrangs für den ÖPNV) eine qualitative Verschlechterung des ÖPNV-Angebotes hervorgerufen werden könnte und bittet aus diesem Grund ebenfalls, insbesondere jedoch zu diesem Alternativvorschlag, um Überprüfung von Kosten und Nutzen.

Punkt 3 **Weitere Teilnahme des Umweltamtes am Umweltberatungsprogramm ÖKOPROFIT-Club**
Vorlage: 0177/2011

Der Ausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 4 **Sachstandsbericht zu Antrag 41/2006 CDU; hier: Ausgleichsflächenmanagement und Regionalparkplanung und Änderungsantrag der FDP**
Vorlage: 0106/2011

Herr Schäfer (CDU) bittet die Verwaltung das Aubachtal mit in den Routenverlauf zu integrieren. Die Verwaltung stimmt der Prüfung der Anregung zu. Der Ausschuss nimmt die Beschlussvorlage – mit dieser Ergänzung - einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 5 **Projektliste "Kinderfreundliches Mainz 2011"**
Vorlage: 0077/2011

Der Ausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig zur Kenntnis.

Punkt 6 **Mitteilungen**

a)

Herr Gröninger (BÜNDNIS 90/Die Grünen) fragt an, ob die derzeit thematisieren Windräder auch im Ausschuss für Umwelt, Grün und Energie behandelt werden. Der Vorsitzende sagt zu die Thematik in der kommenden Sitzung am 07.04.2011 zu behandeln.

b)

Der Vorsitzende teilt abschließend mit, dass im Bereich des Mittelweges, Mainz-Hechts-heim, eine Messstation für Fluglärm installiert wird (Umwelthaus).

Ende der Sitzung: 17:50 Uhr

gez. Wolfgang Reichel

.....
Wolfgang Reichel
(Vorsitz)

gez. Katja Berwian

.....
Katja Berwian
(Schriftführung)

gez. Katrin Eder

.....
Katrin Eder
(Urkundsperson)

gez. Herbert Schäfer

.....
Herbert Schäfer
(Urkundsperson)